

**FAIRTRADE:** Handelsbeziehungen zur EU sind den Ständeräten wichtiger als soziales und ökologisches Gewissen

# Ständerat ist gegen fairen Essen

*Fünf Kantone wollten dem Import von Lebensmitteln, die den in der Schweiz geltenden ökologischen und arbeitsrechtlichen Anforderungen nicht genügen, ein Ende setzen. Der Ständerat lehnte die Initiativen ab.*

DANIEL ETTER

Die Schweizer Bauern müssen den Ökologischen Leistungsnachweis (ÖLN) einhalten und ihren Angestellten angemessene Löhne zahlen. Andersorts dagegen zählt in der Landwirtschaft bloss der reine Profit, lautet die Kritik aus den Reihen der Grünen. Infolgedessen werde der Umwelt wenig Sorge getragen und die Arbeitskräfte werden in sozial bedenklichen Bedingungen beschäftigt. Die Produkte aus solchen Produktionsbedingungen stehen in Konkurrenz zu unseren Nahrungsmitteln.

Die Grünen haben deshalb fünf Standesinitiativen der Kantone Jura, Neuenburg, Genf, Freiburg und Waadt eingereicht, die rigorose Normen für importierte Lebensmittel fordern. Die Grünen fordern, Agrarimporte strikten umweltschützerischen und sozialen Normen zu unterstellen. Produkte, die diesen Anforderungen nicht genügen, sollen verboten oder mit einer Etikette gekennzeichnet werden. Am Donnerstag lehnte der Ständerat aber die Initiativen mit 22 zu 7 Stimmen ab.

## Forderung nicht erfüllbar

Die Vorberatende Kommission WAK des Ständerats liess im Anschluss an die Anhörung vom Bundesamt für Landwirt-



**Die wenigsten Arbeitgeber in Almeria bezahlen ihren Angestellten den festgelegten Mindestlohn. So müssen diese sich oft zu dritt oder zu viert ein Zimmer teilen. (Bild: spu)**

schaft einen Bericht erstellen. Dieser Bericht sollte Aufschluss geben, welche Bestrebungen die Schweiz in diesem Bereich schon unternommen hat. Auch sollte der Bericht ermitteln, wie gross der Spielraum innerhalb der geltenden Verordnung für solche Regeln ist. Aus Sicht der WAK zeigt der Bericht zum einen, dass bereits ein umfassendes, von den Staaten sich selbst auferlegtes Instrumentarium vorhanden sei, welches sie dazu verpflichtete, bestimmte Normen einzuhalten. Zum andern wurde nach Ansicht der Kommission daraus aber auch deutlich, dass die Schweiz keine Möglichkeit hat, die Umsetzung der Normen vor Ort zu kontrollieren. Und ein Importverbot wür-

de im klaren Widerspruch stehen zu den internationalen Verpflichtungen mit der EU oder im Rahmen der WTO, in welche die Schweiz eingebunden ist, so die Meinung der WAK.

## Genügendes Engagement

Die Kommission teilt die im Bericht gezogene Schlussfolgerung, dass sich die Schweiz bereits auf verschiedenen Ebenen für nachhaltige Produktionsbedingungen engagiert und dass die herrschenden Probleme weniger eine Frage der bestehenden nationalen und internationalen Vorschriften als vielmehr eine Frage des Vollzugs vor Ort sind, auf den die Schweiz aber keinen Einfluss nehmen könne. Der St. Galler CVP-Ständerat

und WAK-Mitglied David Eugen hatte kein Verständnis für die Initiativen. «Die EU-Regeln punkto Pflanzenschutz sind dieselben wie bei uns in der Schweiz», sagte er. Und die Arbeitsvorschriften seien in der EU zum Teil sogar schärfer, war er überzeugt. Klar gebe es immer schwarze Schafe, doch es sei die Aufgabe der EU, diese Fälle aufzugreifen. «Wir können die Forderungen der Initiativen auch nicht umsetzen, ohne die Handelsabkommen mit der EU zu verletzen», sagte er.

## Kein soziales Gehör

Robert Cramer, grüner Ständerat aus dem Kanton Genf, konnte die Argumentation der

## DIE INITIATIVEN

Die fünf Standesinitiativen der Kantone Jura, Neuenburg, Genf, Freiburg und Waadt fordern einen Importstopp von Lebensmitteln insbesondere aus sozial und ökologisch unhaltbaren Produktionsbedingungen. Die Kantone verlangen ein Einfuhrverbot für Lebensmittel aus solch unzulänglicher Produktion. Die fünf Standesinitiativen fordern ausserdem vom Bund ein Engagement bei den Verhandlungen mit der WTO und der Europäischen Union zu Gunsten gerechter Arbeitsbedingungen und nachhaltiger Produktionsverfahren bei allen Produkten sowie eine Deklarationspflicht hinsichtlich der sozialen Bedingungen und der Nachhaltigkeit der Produktion von Lebensmitteln. *det*

WAK nicht nachvollziehen. Er appellierte an die Mitglieder des Ständerats, sich der Verantwortung nicht zu entziehen. «Wir sind ein Teil dieses Systems», sagte er. Er rief die Situation im spanischen Almería in Erinnerung. Dort würden die sozialen Missstände bereits seit 20 Jahren anhalten trotz internationaler Kritik. «Solche Missstände breiten sich in Spanien, in Süditalien und bald schon in Nordafrika aus», sagte er. Und die Schweizer würden davon profitieren, und das Gemüse werde immer etwas früher im Jahr auf unseren Märkten auftauchen. Seine Argumentation vermochte aber den Ständerat nicht umzustimmen. Nun kommen die Initiativen in den Nationalrat.